

»Im Landesinneren kaum kulturelle Angebote«

Neue Dokumentation zu Filmreise durch ländliche Gebiete Guatemalas erschienen. Ein Gespräch mit Ulrich Stelzner

Sie machen Filme zur sozialen und politischen Situation in Guatemala.

Worum geht es in Ihrem aktuellen Film »El cine es un viaje«, auf Deutsch »Das Kino ist eine Reise«?

Der Film ist ein Resümee unserer Tour, die wir im vergangenen Jahr gemacht haben. Seit 2017 gibt es eine nicht ortsgebundene Version unseres jährlichen Menschenrechtsfestivals »Memoria,



Ulrich Stelzner ist Filmemacher und lebt in Guatemala und Berlin

verdad y justicia«, auf Deutsch »Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit«, das seit 2010 in Guatemala-Stadt stattfindet. Wir reisen durch das Land und zeigen Filme in den verschiedenen Departamentos Guatemalas. Das hat den Hintergrund, dass es im Landesinneren kaum kulturelle Angebote gibt. Wir finden, die Filme des Festivals in der Hauptstadt sollten auch auf dem Land gezeigt werden. Der Großteil der Bevölkerung lebt auf dem Land und dort gibt es viele soziale, ökonomische und politische Konflikte. 2022 war das erste Jahr, in dem wir fünf Wochen am Stück unterwegs waren, mit einer Kamera im Gepäck. In dem aktuellen Film geht es unter anderem um die Probleme in den einzelnen Gemeinden der acht Departamentos, die wir besucht haben.

Wie entstand das Filmfestival in der Hauptstadt?

In Guatemala war es lange Zeit unmöglich, überhaupt kritische Filme zu zeigen. In den 1990er Jahren kamen zu den ersten Filmen über guatemalteke Flüchtlinge des Bürgerkriegs vielleicht 20 Zuschauer und wir zeigten sie hinter verschlossenen Türen. Bei dem ersten Festival 2010 gab es dann einen Besucheransturm, mit dem wir damals nicht gerechnet hatten: Es kamen rund 7.000 Zuschauer! Inzwischen ist es uns gelungen, ein nichtkommerzielles, qualitativ hochwertiges und anspruchsvolles Filmfestival zu etablieren, das einen festen Platz in der kulturellen Landschaft von Guatemala-Stadt hat. Das Programm ist sehr vielfältig und geht über rein politisches Kino hinaus, entsprechend gibt es ein breites Publikum.

Gibt es Widerstand gegen Vorführungen?

2012 wurde hier in Quetzaltenango der Strom gekappt. In der Hauptstadt gab es auch Bombendrohungen und 2015 einen Zensurversuch der Regierung. Daneben haben wir permanent mit fehlenden

finanziellen Mitteln zu kämpfen, weil es keine öffentliche Filmförderung in Guatemala gibt.

1997 war einer Ihrer ersten Dokumentarfilme »Die Zivilisationsbringer«, gegen den es starken Widerstand aus der deutschen Gemeinde gab. Inwieweit sind Deutsche in der hiesigen Politik von Bedeutung?

Deutsche Einwanderer spielen seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts eine wichtige Rolle, vor allem im Kaffeeanbau. So haben deutsche Kaffeepflanzer in den 1920er Jahren ein Zwangsarbeitsgesetz für die indigene Bevölkerung durchgesetzt, das sie aus »Südwestafrika« kopiert hatten: Die indigene Bevölkerung musste 30 Tage Zwangsarbeit im Jahr vorweisen, sonst drohten Gefängnisstrafen. Es gab außerdem immer wieder Kooperationen mit der Armee. Seit den 1960er Jahren gibt es verstärkt deutsche Konzerne in Guatemala, wie zum Beispiel Bayer. Dank des Prozesses gegen den ehemaligen Diktator Efraín Ríos Montt wegen Völkermordes wissen wir, dass Unternehmen die Armee logistisch bei den Massakern in den 1980er Jahren unterstützt haben.

Was hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in Bezug auf das Kino verändert?

Es hat sich überhaupt erst vieles entwickelt. Während des Bürgerkriegs war es unmöglich, Filme zu machen. Die Wenigen, die beruflich damit beschäftigt waren, waren entweder im Exil oder ums Leben gekommen. Da mussten wir als Menschen mit ausländischen Pässen die Lücke schließen. Heute gibt es positive Entwicklungen, viele Talente und junge Guatemalteken, die internationale Preise gewonnen haben, zumeist mit Spielfilmen. Politische Dokumentarfilme sind weiterhin schwierig, auch wegen des Risikos für die Filmemacher. Gesamtgesellschaftlich ist die indigene Bevölkerung heute in der Politik, an den Universitäten und in der Kultur sichtbarer. Strukturell aber hat sich wenig geändert, die Vereinbarungen aus dem Friedensabkommen wurden nie umgesetzt. Wenn es zu Verbesserungen kommt, dann nur durch Kämpfe, gerade von der indigenen Bevölkerung, aber nicht durch die Regierung. Dort gibt es weiterhin eine starke antidemokratische Tendenz.

Interview:

Thorben Austen, Quetzaltenango



YOAN VALANFRUCTURE ALLIANCE / EPA

Kampf um Rechte. Die Neuverhandlung des französischen Einwanderungsgesetzes in der Pariser Nationalversammlung ist am Montag von Protesten begleitet worden. Plakate mit der Aufschrift »Stoppt das Einwanderungsgesetz« und »Ich habe Angst, ohne Papiere eine Beschwerde einzureichen«, waren bei der Demonstration in der französischen Hauptstadt zu sehen. Innenminister Gérald Darmanin hat den Gesetzentwurf, der eine Begrenzung der Zuwanderung und einen eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung vorsieht, als Lösung zur Verringerung der Kriminalität im Lande angepriesen. (Reuters/iw)

Klubs knicken ein

Die Vereine der Deutsche Fußballliga stimmen Investorenmodell zu

Nun also doch. Im zweiten Anlauf ist gelungen, was im Mai noch scheiterte: Die Geschäftsführung der Deutschen Fußballliga (DFL) darf mit potentiellen Investoren über einen Einstieg verhandeln. Eine Zweidrittelmehrheit der 36 Profivereine gab dem Vorhaben am Montag ihren Segen. Vorausgegangen war ein monatelanger Streit zwischen verschiedenen Vereinsführungen und den organisierten Fans (allen voran das Ultrabündnis »Fanszenen Deutschlands«) um die Frage, wie die Bundesliga sich zukünftig mit Geld versorgen will. Nachdem die Investorenfrage Ende Mai noch an der dafür benötigten Zweidrittelmehrheit gescheitert war, stimmte die DFL-Mitgliederversammlung am Montag dem modifizierten Antrag zu. Nun darf verhandelt werden. Für eine prozentuale Beteiligung

an den TV-Erlösen soll ein Investor eine Milliarde Euro zahlen, der Vertrag soll maximal 20 Jahre gelten und zu Beginn der Saison 2024/25 unterzeichnet sein.

Doch warum überhaupt die Suche nach Investoren? Die DFL will damit einerseits die finanziellen Engpässe einiger Vereine seit der Coronapandemie kompensieren. Die Journalisten Chaled Nahar und Marcus Bark (»Sportschau«) berichteten im Mai im Podcast »Rasenfunk« von zehn Vereinen aus dem deutschen Profifußball, die kaum noch liquide sind. Zudem könnte ein Investoreneinstieg zukünftige Verluste kompensieren. So scheint es nahezu ausgeschlossen, dass die DFL bei der nächsten Runde der TV-Lizenzvergabe gleiche oder gar gesteigerte Einnahmen erreicht. Sky und DAZN bezahlten rund 4,4 Milliarden

Euro für die Übertragungsrechte für vier Spielzeiten bis 2024/25. Gelohnt hat sich das Geschäft für die Medienunternehmen wohl nicht, sie werden ihre Angebote also anpassen müssen.

Das warnende Beispiel aber lieferte die TV-Rechtevergabe der italienischen Serie A, bei der die Laufzeit verlängert wurde (bis 2028/29) und deren Preisstabilität den Sendern entgegenkam (900 Millionen Euro). Der bisherige Preis konnte zwar gehalten werden, aber nur bei einer längeren Vertragslaufzeit. Das droht auch der Bundesliga, die im Kampf um die TV-Milliarden hinter der englischen Premier League und den europäischen Vereinswettbewerben (v. a. der Champions League) mit den anderen nationalen Ligen um einen Platz an der Sonne konkurrieren muss.

Raphael Molter

NACHRICHTEN

Kosten für ukrainischen EU-Beitritt berechnet

Brüssel. Bei einem EU-Beitritt der Ukraine würden einer Studie zufolge bis zu 17 Prozent des gemeinsamen Haushalts des Staatenverbands in das Land fließen. In einem am Montag veröffentlichten Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) werden die finanziellen Folgen einer Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU auf rund 130 bis 190 Milliarden Euro geschätzt. Das derzeitige mehrjährige Budget des Staatenverbands umfasst von 2021 bis 2027 rund 1,1 Billionen Euro. Die Ukraine hofft, dass die EU-Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen am Donnerstag und Freitag ihre grundsätzliche Zustimmung für einen Start von Beitrittsverhandlungen geben. (dpa/iw)

Mali: UN-Mission wird geschlossen

Bamako. Für die UN-Mission im westafrikanischen Mali hat es am Montag in der Hauptstadt Bamako eine Abschluss-

zeremonie gegeben. Diese soll offiziell 31. Dezember beendet werden, teilte Sprecherin Myriam Dessables mit. Am Sonnabend hatte die UN-Mission Minusma, die vor rund zehn Jahren zur Stabilisierung des in der Sahelzone liegenden Landes geschaffen wurde, ihren Stützpunkt in der Stadt Sévaré geschlossen. Dies sei den Angaben zufolge das letzte UN-Lager im Zentrum Malis gewesen. Auch von Stützpunkten im umkämpften Norden des Staats sind die Kräfte der Mission bereits in den vergangenen Wochen abgezogen. (dpa/iw)

EU-Kommission: Grünes Licht für RWE-Entscheidung

Brüssel. Energiekonzern RWE darf für seinen Kohleausstieg mehrere Milliarden Euro vom Bund kassieren. Die EU-Kommission teilte am Montag mit, die Förderung in Höhe von 2,6 Milliarden Euro stelle keinen Verstoß gegen EU-Beihilferegeln dar. Die Ausgleichszahlung sei zwar eine staatliche Beihilfe, sie sei aber notwendig, damit RWE seine Braunkohlekraftwerke auslaufen lassen

könne. Der derzeitige Nettowert entgener Gewinn sei höher als der Wert der Entschädigung, befand die Kommission. Durch die Entscheidung kann die Kompensation nun wie geplant gestaffelt bis 2030 ausgezahlt werden. (dpa/iw)

Bau der Stromtrasse »Südostlink« gestartet

Landshut. Nach jahrelanger Planung hat das Energieunternehmen Tennet im Landkreis Landshut offiziell mit dem Bau der Stromtrasse »Südostlink« begonnen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gab am Montag mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler), dem Koordinator der Bundesregierung für die Maritime Wirtschaft und Tourismus, Dieter Janecek, und Tennet-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens den Startschuss für den Bau der 780 Kilometer langen Gleichstromleitung, mit der »grüner Strom« aus dem Norden und Osten Deutschlands nach Bayern fließen soll. Der bayerische Teil der Trasse wird unterirdisch verlegt. (dpa/iw)